

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

16.2.1928 (No. 40)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Geldes frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Rasterabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachlieferung, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hoftheaterblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die amerikanischen Flottenneubauten

Aus Boston wird berichtet:
Um die 725 Millionen Dollars, die das Parlament der Vereinigten Staaten für 25 leichte Kreuzer, 9 Zerstörer, 32 U-Boote und 5 Flugzeugmuttergeschiffe bewilligen soll, wird der Meinungssturm in der amerikanischen Öffentlichkeit sehr lebhaft geführt. Während man sich auf der einen Seite mit dem Gedanken zu trösten versucht, daß diese Schiffe nur auf dem Papier stehen werden, daß sie von Kongreß und Senat nur für alle Fälle zu bewilligen seien und der Präsident sie je nach dem Stande der internationalen Lage in Bau geben könne, die Bewilligung der Kosten also nur als Rückversicherung zu gelten habe, fragt man sich auf der anderen Seite, was denn vorgefallen sei, daß sich Präsident Coolidge's Stimmung innerhalb der letzten Monate so gewandelt habe. Wiederholt und selbst nach dem Fehlschlage der Senatsplenarversammlung habe er erklärt, es liege für Amerika kein Grund vor, um sich für ein umfangreiches Flottenprogramm zu entscheiden.

Trotzdem man nun vergeblich am Horizont nach einem Wölkchen suche, das als ein Anzeichen für einen Amerika bedrohenden Krieg gedeutet werden könnte, trete Amerika, der stärkste Befürworter der Abrüstung und des Weltfriedens plötzlich mit einem so gewaltigen Bauprogramm hervor.

Die einzigen Rivalen Amerikas zur See seien England und Japan. Die Beziehungen zu diesen beiden Ländern seien nie bessere gewesen als gerade jetzt. Es liege also nicht der geringste Grund vor, das größte Marinebauprogramm der amerikanischen Geschichte aufzustellen.

Wenn es Coolidge dabei nur auf einen Bluff abgesehen haben sollte, dann werde er damit das Ansehen Amerikas und dessen internationalen Einfluß schwer schädigen. Sei es ihm jedoch ernst damit, dann mache er die Vereinigten Staaten zu den Schrittmachern für ein solches Weltfriedens- und Befriedigung für die nächsten 5 Jahre — in denen angeblich das Programm durchgeführt werden solle — mit einer Steuerbürde von fast 2 Milliarden Dollars, die zwar der nächste Präsident aufbringen müsse, für die aber Coolidge die Verantwortung zu tragen hätte.

Anderes Klingt es aus dem Lager derer, die eine größere Flotte nicht nur auf dem Papier, sondern in solidem Stahl sehen möchten. Zusammengefaßt lauten die von dieser Seite vorgebrachten Argumente wie folgt: „Angesichts der Weltlage haben wir uns gegen alle Möglichkeiten zu sichern. Wenn es auch nicht wahrscheinlich ist, daß England gegen Amerika Krieg führen wird oder Japan sich wirtschaftlich zugrunde richten und gegen seinen besten Kunden kämpfen wird, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß beide zur See stärker sein wollen als Uncle Sam. Es muß daher ein besserer Ausgleich angestrebt werden. Wir müssen für die 400 Milliarden Dollars unseres Nationalreichtums und für die 50 Milliarden Dollars, die unsere auswärtigen Interessen wert sind, eine entsprechende Versicherung schaffen.“

Englische Schiffe dürfen Amerika nicht wieder den Verkehr auf den freien Meeren freitig machen, wie das geschehen ist, ehe sich Amerika am Weltkriege beteiligte. England könnte abermals in einen Krieg verwickelt werden, in dem sich die Vereinigten Staaten neutral verhalten. Die britische Admiralität soll dann, wenn sie eine Blockade eröffnen will, gezwungen sein, die Protektion eines Neutralen, der sich auf eine starke Flotte stützen kann, zu berücksichtigen. Unsere Handelsrechte dürfen nicht wieder gestört werden.“

Werkspionage bei der J.-G.-Farbenindustrie

In Düsseldorf begann der Strafprozeß gegen den Deutsch-amerikaner Guido Meisel aus Portsmouth, New Hampshire U. S. A., der beschuldigt wird, gemeinschaftlich mit zwei deutschen Chemikern, Paul Schmittnigel und Dr. Rudolf Reih, Geheimverfahren der J.-G.-Farbenindustrie und der ihr angeschlossenen Firmen an das Ausland weitergegeben zu haben. Als Nebenkläger sind außer der J.-G.-Farbenindustrie zugelassen die Chemiker Dr. Gröber, die Firma Leopold Casella & Co. und die Firma Kalle & Co. Meisel wird beschuldigt, die Chemiker zum Verrat von Geheimverfahren verleitet und diese Geheimverfahren weitergegeben zu haben. Die Anklage beruht auf § 20 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. Auf Antrag des Vertreters der J.-G.-Farbenindustrie und des Staatsanwalts wurde die Öffentlichkeit für die Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Der Vorsitzende betonte, die Geheimverfahren, um die es sich handle, seien mit der Wirtschaft des Deutschen Reiches so eng verbunden, daß das Staatsinteresse den Ausschluß der Öffentlichkeit erfordere.

Präsidentenwahl im hessischen Landtag. Im hessischen Landtag wurde am Mittwoch der sozialdemokratische Abg. Delp mit 65 von 65 abgegebenen Stimmen zum Landtagspräsidenten gewählt.

General v. Morgen †. In Lübeck ist der bekannte General der Infanterie a. D. Curt v. Morgen im 70. Lebensjahre verstorben.

Eine Nichtigstellung. Die Meldung, die Rheinlandkommission habe Einspruch gegen die Eingemeindungspläne von Frankfurt a. M. erhoben, trifft, wie von zuverlässiger Stelle in Koblenz mitgeteilt wird, nicht zu.

Schweizer Fahrplankonferenz. Am 27. Februar tritt in Bern die internationale Konferenz zur Besprechung des Fahrplans 1928/29 zusammen. Der Entwurf der Bundesbahnen sieht eine Erhöhung der Zugkilometerzahl um 600 000 gegenüber dem Vorjahre vor.

Letzte Nachrichten

Neue kritische Entwicklung im Reich

M. Berlin, 16. Febr. (Priv.-Tel.) Die Lage ist heute mittag fast noch unklarer wie gestern, da von deutschnationaler Seite die Frage der Hilfsaktion für die Landwirtschaft in den Vordergrund gerückt ist. Es läßt sich zur Stunde nicht sagen, ob die Bemühungen, den Reichstag wenigstens noch einige Wochen zusammenzuhalten, Erfolg haben werden oder nicht. Die Minister Brauns und Herzog haben heute vormittag dem Reichspräsidenten Bericht erstattet. Wie schon gestern verlautet, hat Herr von Hindenburg seinen Widerstand gegen eine Auflösung des Reichstages aufgegeben. Damit wäre die Bahn frei, wenn eine Einigung der Parteien im Laufe des heutigen Tages nicht erzielt werden sollte. In der Opposition liegt es nicht, denn die Sozialdemokraten und Demokraten haben in den gestrigen Besprechungen mit den bisherigen Regierungsparteien ohne weiteres eingewilligt, das sogenannte Notprogramm mit durchzubearbeiten, auch die wirtschaftliche Vereinigung, die heute herangezogen worden ist, dürfte zustimmen.

Die Gefahren liegen woanders, nämlich in scharfen Gegensätzen zwischen den Parteien, die bisher die Regierung gestützt haben. Namentlich hat die Forderung der Deutschnationalen, die bisher ausgeworfenen Mittel zur Bekämpfung der Not der Landwirtschaft erheblich zu erhöhen, heftigen Widerspruch in der Koalition gefunden. Das Reichskabinett tritt am Nachmittag zusammen und wird versuchen, ein Arbeitsprogramm aufzustellen, von dem man wohl annehmen kann, daß es die bisherigen Entwürfe enthält, also den Nachtragsetat in der bisherigen Höhe von 600—700 Millionen, was bedeuten würde, daß keine Erhöhung der für die Landwirtschaft ausgeworfenen Summe erfolgt. Da erst gegen Abend der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien berät, läßt sich auch im Laufe des Nachmittags kaum ein Bild gewinnen. Man ist im Reichstag darauf vorbereitet, daß schon heute die Sprengung erfolgen kann. Dann würde morgen der Notetat in aller Eile durchzubearbeiten werden, da er unbedingt erforderlich ist. Weiteres würde kaum noch in Frage kommen, so daß die Auflösung übermorgen und damit die Neuwahlen am 25. März kommen würden. An Bemühungen, den Termin hinauszuschieben, fehlt es nicht. Ob sie noch Erfolg haben werden, ist augenblicklich zweifelhaft.

Frankreich und die Tschechoslowakei

M. Berlin, 16. Febr. (Priv.-Tel.) Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich werden — wie aus Paris gemeldet wird — demnächst beginnen. Bisher bestand nur eine Konvention von 1924, die gewissen französischen Waren die Meistbegünstigung zugestiftet. Das wird jetzt ausgebaut werden. Umgekehrt will Frankreich auf Grund dieses Vertrags künftig in der Tschechoslowakei landwirtschaftliche Maschinen und Erzeugnisse der Chemie kaufen.

Kontingentierung der Filmeinfuhr in Frankreich

M. Berlin, 16. Februar. (Priv.-Tel.) Die Kommission der französischen Kammer für das Kinowesen hat gestern gegen eine Stimme ein Gesetz angenommen, durch welches ausländische Filme, auch deutsche, sehr stark kontingentiert werden.

Die Senatberatung über das Freigabegesetz

Washington, 16. Febr. (Tel.) Die seit drei Tagen mit großer Erbitterung im Senat geführte Debatte über den Antrag des Senators Walsh auf Einsetzung eines Komitees zur Untersuchung angeblich politischer Beeinflussungsmanöver der großen Gas- und Elektrizitätswerke wurde heute zu Ende geführt. Falls nicht neue unvorhersehbare Zwischenfälle eintreten, wird nun heute (Donnerstag) nachmittag die Freigabebill zur Beratung gelangen.

Verurteilung wegen Aspirinfälschungen. Auf Anzeige der J.-G.-Farbenindustrie in Frankfurt a. M. hat das Korrektionsgericht in Gießen den Drogisten Charles Auguste zu 100 Franken Buße verurteilt wegen Vergehens gegen das eidgenössische Gesetz über den Schutz der Fabrikmarken. Er hatte Aspirinbullen mit Tabletten verkauft, die eine Nachahmung derjenigen der wohlbekannten Firma darstellen.

Eine Ehrung der Nobelpreisdräger Duibbe und Bouisson in Paris. In einer Vorstandsversammlung der französischen Radikalen Partei hat der Vorsitzende, Abg. Daladier, angekündigt, daß am 20. Febr. ein großes Bankett zu Ehren der Friedensnobelpreisdräger Fernand Bouisson und Prof. Duibbe stattfinden werde.

* Was nun?

Der Reichsschulgesetzentwurf ist also gescheitert, und die Folge dieser Tatsache war die Feststellung, daß damit die Regierungskoalition im Reich als erledigt zu betrachten ist. Deshalb soll aber nach dem Wunsch der großen Mehrheit des Reichsparlamentes keineswegs eine sofortige Demission des Kabinetts stattfinden. Im Gegenteil! Der Wunsch ist ziemlich allgemein, daß das jetzige Kabinett die Geschäfte weiterführt und mit dem Reichstag zusammen die dringend notwendigen Arbeiten noch erledigt.

Als solche Arbeiten gelten: die Verabschiedung des Etats, die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft, das Überleitungsgesetz für die Strafrechtsreform und womöglich auch das Liquidationschädengesetz. Man denkt sich den Verlauf der Dinge so, daß diese Arbeiten bis spätestens Ende März abgeschlossen sind, daß dann der Reichstag aufgelöst, und die Neuwahl für den Monat Mai festgelegt wird.

Die Art und Weise, wie die großen Parteien, und zwar auch die Parteien der Opposition, zu der Frage, was nun nach dem Scheitern des Reichsschulgesetzentwurfes zu geschehen habe, Stellung nehmen, verdient lebhaftes Ansehen. Sie zeigt, daß staatspolitisches Denken die Entschlüsse der meisten dieser Parteien bestimmt, und sie läßt die Schlussfolgerung zu, daß die Parteien im Vergleich zu früher große Fortschritte in der Handhabung der parlamentarischen Methode gemacht haben. Die staatspolitische Rücksicht auf das Ganze ist es, welche die Parteien veranlaßt, dem Kabinett weiter keine Schwierigkeiten zu machen und den Reichstag bis zur Erledigung der dringend notwendigen Arbeiten zusammenzuhalten. Das ist, wie gesagt, ein erfreulicher Beweis für die wachsende politische Reife unseres Volkes und unseres Parlamentes.

Daß die Parteien der Opposition, Sozialdemokraten und Demokraten, gewisse Bedingungen mit ihrer Mitarbeit verknüpfen, wird man begreifen können. Diese Bedingungen bestehen darin, daß der Reichstag nicht länger als bis zum 31. März zusammenbleibt, daß die Arbeit des Parlamentes nicht durch agitatorische Anträge belastet wird, und daß etwa freierwerbende Beamtenposten von Bedeutung nicht mehr von Männern der Rechtskoalition besetzt werden. Daß das Kabinett und die meisten der bisherigen Regierungsparteien dem zustimmen werden, ist ohne weiteres anzunehmen.

Inzwischen erlassen die einzelnen Regierungsparteien Erklärungen, in welchen sie sich gegenseitig die Schuld am Scheitern des Reichsschulgesetzentwurfes beimessen. Es hat wenig Zweck, auf diese Erklärungen näher einzugehen, da bereits andere, wichtigere Fragen auf der Tagesordnung stehen. — In Kreisen verfolgt man die Entwicklung im Reichsparlament mit besonderem Interesse, da dort die Absicht besteht, die preussischen Landtagswahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen stattfinden zu lassen.

So weit wäre eigentlich alles ganz gut und schön, zumal man sich auch bereits über eine Kontingentierung der Redezeit geeinigt hat und die bestimmte Erwartung hegt, mit dem Notarbeitsprogramm des Reichstags bis zum 31. März fertig zu werden. Aber im Hintergrunde all dieser Vorgänge zeigt sich doch eine gewisse Gefahr. Und es ist die Politik der Deutschnationalen, welche unter Umständen all die eben besprochenen Verabredungen illusorisch machen könnte. Über Nacht hat sich nämlich den Deutschnationalen eine unerwartete Chance dargeboten, eine Chance, die sie sicherlich wahlpolitisch gründlich auszunutzen werden.

Worin ist diese Chance zu erblicken? Der Reichstag soll die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft beschließen. Und die Deutschnationalen sind es, welche diese Forderung nach Hilfsmaßnahmen in erster Linie propagandistisch für die kommende Reichstagswahl verwenden könnten. Sie können derartig überspannte Forderungen anmelden, daß es dabei zu einer Sprengung des Kabinetts kommt. Das müßte unter Umständen die sofortige Auflösung des Reichstags zur Folge haben, falls sich nicht die übrigen Minister als Kumpfkabinett konstituieren und mit Hilfe der übrigen Parteien unter Ausschluß der Deutschnationalen die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft beschließen. Einfach wäre das nach Lage der parteipolitischen Verhältnisse im Reichstag nicht. Die Deutschnationalen aber hätten

Mit der Beilage: 16. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

dann die beste Gelegenheit, ihren landwirtschaftlichen Wählern vorzureden, daß sie (die Deutschnationalen) alles für die Landwirtschaft getan hätten, daß „ihre gute Wille aber an der Unfreundlichkeit der andern zerbrochen sei“. Wahlpropagandistisch wäre das ein nicht ungeschickter Schachzug. Er würde genügen, um vielleicht doch manchen Wähler, der sich aus andern Gründen innerlich von der Deutschnationalen Volkspartei abgewandt hatte, wieder ihr zuzuführen.

Bei solchen Wandern würde wahrscheinlich die doch zweifellos vorhandene Hilfsbereitschaft der übrigen Parteien nicht nach Gebühr gewertet werden. Auch dann, wenn die übrigen Parteien Hilfsmaßnahmen beschließen sollten, die sich durchaus sehen lassen können und sogar über das hinausgehen, was der Stand unserer Finanzen gestattet, würden die Deutschnationalen doch sicherlich die Dinge so hinstellen, als ob lange nicht genug für die Landwirtschaft geschehen sei, und als ob sie (die Deutschnationalen) allein die richtigen Freunde der Landwirtschaft seien. Käme es aber über diesen Wirrwirren zur sofortigen Auflösung des Reichstags, dann würden die Deutschnationalen ihren Wählern wiederum sagen können, daß der Reichstag eigentlich wegen der Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft aufgelöst worden sei, und sie hätte dann eine gar nicht so schlechte Wahlparole in der Hand.

Bei ihren bisherigen Koalitionspartnern würden sich die Deutschnationalen damit nicht beliebt machen. Aber danach werden sie wenig fragen, da sie ja ohnehin wissen, daß die Rechtskoalition erledigt ist, und daß ihr ganzes Interesse jetzt auf die Erzielung eines möglichst günstigen Wahlergebnisses gerichtet ist.

Zunahme des Bierverbrauchs

Nach den kürzlich auf Statistisches Reichsamt veröffentlichten vorläufigen Ergebnissen der Bierversteuerung ist der deutsche Bierabsatz in den Monaten Juli bis September 1927 um 5,4 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gestiegen. Er betrug in dem erwähnten Vierteljahr 15,3 Millionen Hektoliter. Das würde einem jährlichen Bierabsatz von 61 Millionen Hektolitern entsprechen. Das Statistische Reichsamt führt die Zunahme des Bierverbrauchs zu einem erheblichen Teile auf die Verminderung der Arbeitslosigkeit zurück. Mehr als 95 Prozent des gesamten Bierabsatzes entfielen auf Vollbier, während das Einfachbier, das Schaumbier und das Starkbier nur noch eine geringfügige Rolle spielen. Zur Bierbereitung wurden in dem Vierteljahr, auf das sich die Statistik bezieht, insgesamt 258 000 Tonnen Malz verbraucht gegen nur 238 000 Tonnen im gleichen Viertel des Vorjahres. Der Jahresmalzverbrauch bei der Bierbereitung übersteigt also die Zahl von 1 Million Tonnen.

Von den einzelnen Landesfinanzamtsbezirken wurden die größten Biermengen in München, Berlin, Aachen und Münster versteuert und verbraucht. Verhältnismäßig gering war die Biersteuerung dagegen in den Bezirken Oldenburg, Oberschlesien und Mecklenburg-Vorpommern. (Dort wird mehr Branntwein konsumiert.)

Die Wohnungsbauanleihe der deutschen Hypothekendarlehenbanken. Die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehenbanken hat von der für den Wohnungsbau bewilligten steuerfreien Auslandsanleihe 10 Millionen Goldmark bei der Firma Lazard Brothers & Co. in London aufgenommen. Die Anleihe, an der alle acht Banken der Gruppe beteiligt sind, wird mit 7 Proz. verzinst. Die Ausgabe in London erfolgt in Form von Zertifikaten, die auf Goldmark lauten und die durch Pfandbriefe der acht Banken gedeckt werden, welche bei der Darmstädter und Nationalbank als Treuhänder hinterlegt werden. Der Auszahlungskurs beträgt 94, der Emissionskurs wird voraussichtlich 96 Proz. betragen.

Der Konflikt in der Metallindustrie. Der in Stuttgart tagende Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat eine Entschärfung gefordert, in der u. a. gesagt wird, die vom Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller angeforderte Gesamtpflichtung sei eine Bedrohung der ganzen Bevölkerung und wolle den berechtigten Anspruch der Arbeiter auf Sicherung ihrer Lebenshaltung und Teilnahme an der steigenden Ergiebigkeit der deutschen Produktion niederdrücken. Der Deutsche Metallarbeiterverband sehe den Maßnahmen der Metallindustriellen mit größter Ruhe in dem Bewußtsein entgegen, daß seine Lohnforderungen berechtigt seien und zugleich im wohlverstandenen Interesse der gesamten Wirtschaft lägen.

Die deutschen Spareinlagen Ende 1927. Ende Dezember 1927 stellten sich der Bestand der deutschen Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen auf 4665,4 Millionen Reichsmark gegen 4543,1 Millionen Reichsmark Ende November 1927, er weist mithin eine Zunahme um 122,3 Millionen Reichsmark auf. Die Giro-, Scheck- und Kontokorrenteinlagen stellten sich am 31. Dezember 1927 auf 1148,3 Millionen Reichsmark gegen 1158,0 Millionen Reichsmark Ende November 1927.

Neuwahlen in Schaumburg-Lippe. Die Schaumburg-Lippische Landesregierung hat beschlossen, die Neuwahlen zum Landtag am 29. April vornehmen zu lassen. Die Tätigkeitsdauer des Landtags hat Knapp drei Jahre gewährt. Die dauernde Opposition der Rechten, die in der Lage war, den Landtag durch Verlassen der Sitzung beschlußunfähig zu machen, und davon gegen die aus demokratischen und sozialdemokratischen bestehenden Mehrheiten immer rücksichtsloser Gebrauch machte, hat ein sachgemäßes Arbeiten verhindert.

Von Franzosen verhaftet. Der von französischen Kriminalbeamten in Bad Neuenahr verhaftete deutsche Polizeikommissar Steinebach ist in das Untersuchungsgefängnis Mainz, das der Besatzungsbehörde untersteht, eingeliefert worden. Als Grund der Verhaftung wird laut „Wost. Ztg.“ angegeben, daß Steinebach in dem Landesverratsverfahren gegen den Franzosen Gremer, das vor einiger Zeit schwebte, nach Ansicht der französischen Untersuchungsbehörde eine strafbare falsche Aussage gemacht haben soll.

Kommunistische Arbeit im Winzgebiet. Die polnischen Behörden haben in einem Kreis des Winzlandes eine zugunsten Sowjetrußlands arbeitende Spionageorganisation aufgedeckt. Einige Personen wurden verhaftet.

Der gregorianische Kalender in der griechischen Kirche. Die Versammlung der griechisch-orthodoxen Kirche gibt, wie aus Alexandria gemeldet wird, bekannt, daß die Kirche am 1. Okt. den gregorianischen Kalender einführen, d. h. in ihrer Zeitrechnung 18 Tage ausfallen lassen wird.

Deutscher Reichstag

Berlin, 15. Febr.

In der fortgesetzten

zweiten Lesung des Arbeitshaushalts

wird das Kapitel Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung besprochen.

Abg. Drey (Soz.) beklagt sich darüber, daß auf Grund der Bedürftigkeitsprüfung Unterstufungen zu Unrecht abgelehnt worden seien. Unzulässig sei es auch, daß die Erwerbslosenunterstützung für Mietsrückstände unmittelbar an den Hauswirt gezahlt wird. Der Redner beantragt in einer Entschärfung, die Krisenfürsorge so zu gestalten, daß die längere Zeit hindurch Arbeitslosen dieselbe Unterstützung unter denselben Bedingungen wie in der Arbeitslosenversicherung erhalten.

Abg. Hemmer (Dnt.) begründet eine gemeinsame Interpellation der Regierungsparteien gegen Mißstände, die sich nach Einführung der Arbeitslosenversicherung in der Landwirtschaft eingestellt hätten. Gewerbliche Saisonarbeiter seien heute geneigt, im Winter Arbeit abzulehnen, weil in der Forst- und Landwirtschaft die Tariflöhne häufig unter den Arbeitslosenunterstützungssätzen lägen. Die Möglichkeit, ein halbes Jahr von der Unterstützung zu leben, führe ferner dazu, daß ständige Arbeit überhaupt abgelehnt und nur hochentlohnte Saison- oder Gelegenheitsarbeit übernommen werde. Der Saisonarbeiter lebe dann geradezu auf Kosten des geringer entlohnerten ungelerten Landarbeiters.

Abg. Kemmer (Dem.) kritisiert die nur einem Teil der Ausgewiesenen zugute kommende Krisenunterstützung. Eine große Zahl von Arbeitslosen gehe ganz leer aus. Die Landflucht sei besorgniserregend. Aber das Arbeitslosenversicherungsgesetz könne man nicht dafür verantwortlich machen. 60 000 Arbeiter suchten vergeblich Beschäftigung in der Landwirtschaft. Auf der anderen Seite aber seien mehrere Zehntausende polnische Landarbeiter sogar noch in diesen Wintermonaten in der deutschen Landwirtschaft tätig, weil man dieses Arbeitermaterial aus einer Reihe von Gründen den deutschen Arbeitern vorziehe. Die Landwirtschaft solle selbst durch Verbesserung der sozialen und kulturellen Verhältnisse dafür sorgen, daß die Landflucht aufhöre.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Die Erörterung der Landflucht führe auf Gebiete, die nicht zu der Beratung dieses Staats gehören. Zu Unrecht schärfte der Vorredner die Arbeitslosenfrage höher, als es die amtlichen Stellen tun. Er muß die Verschlepptheit der Statistiken bedenken; Berlin z. B. führt noch etwa 30 000 Arbeitslose, die gar nicht mehr allgemein arbeitsfähig sind. Auch alle Gelegenheitsarbeiter werden in den Listen geführt. Die Schwierigkeiten, auf die die Interpellation der Regierungsparteien hinweist, sind auch der Regierung bekannt. Für Saisonarbeiten werden höhere Löhne gezahlt, auf dem Lande findet sich auch häufig im Winter Füllarbeit. Berufsübliche Arbeitslosigkeit kann deshalb der Erwerbslosigkeit infolge von Konjunkturschwankungen nicht völlig gleichgestellt werden. Die Arbeitslosenunterstützung ist nur für Ausnahmefälle da, berufsbildende Arbeitslosigkeit ist aber ein Regelfall. Der Minister äußert sich dann zu der großen Zahl der übrigen Anträge, Entschärfungen und Interpellationen. Dabei verspricht er u. a. eine den Arbeitern sehr entgegenkommende Anwendung der Bestimmungen über die Krisenfürsorge. Im übrigen würden auch diejenigen, die aus der Krisenfürsorge entlassen werden müßten, nicht ihrem Schicksal überlassen. Sie würden von der öffentlichen Fürsorge unterstützt (Widerspruch links). Er, der Minister, habe die Reichsanstalt ermächtigt, die Krisenfürsorge bis zum Ende des Winters zu verlängern, soweit in einzelnen Bezirken ein dringendes Bedürfnis bestehe. Die vom Reichsrat beantragte Übernahme der gesamten Kosten der Krisenunterstützung auf das Reich — bisher tragen die Gemeinden ein Fünftel — lehnt der Redner ab, ebenso die in einer Entschärfung geforderte Beseitigung der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge. Diese Unterstützung sei eine Ausnahme. Sie müsse sich auf Fälle der Bedürftigkeit beschränken.

Abg. Frau Leusch (Ztr.) erklärt ihr völliges Einverständnis mit dem Inhalt der gemeinsamen Interpellation. Die Rednerin begründet ferner eine Entschärfung ihrer Partei, daß öffentliche Notstandsarbeiten auch den Empfängern der öffentlichen Fürsorge zugute kommen soll, die keine Arbeitslosenunterstützung mehr bekommen.

Beim Kapitel „Wohnungs- und Siedlungswesen“ begründet Abg. Lipinski (S.) als Berichterstatter das vom Wohnungsausschuss vorgeschlagene Bauprogramm 1928. Im Namen seiner Partei fordert der Redner ein festes Bauprogramm auf lange Sicht, mindestens bis 1935 und tritt für Anstandsaneihen für den Wohnungsbau ein.

Abg. Köllin (Komm.) errechnet bei einem zehnjährigen Bauprogramm zur Beseitigung der Wohnungsnot ein Gesamtkapital von 3,6 Milliarden. Die Hauszinssteuer müsse lediglich für den Wohnungsbau verwendet werden.

Abg. Dr. Steiniger (Dn.) fordert stärkere Beteiligung privater Bauunternehmer. Die Hauszinssteuer müsse mindestens im bisherigen Umfang bestehen bleiben. Der Redner stimmt dem vom Ausschuss beschlossenen Bauprogramm zu.

Abg. Tremmel (Z.) betont, daß der private Bauprogramm heute den Wohnungsbedarf nicht decken könne. Die Wohnungsbedürftigkeit sei in den deutschen Großstädten so groß, daß 81 Personen auf ein Haus kommen.

Abg. Winnefeldt (D. V.) verlangt völlige Objektivität bei der Verteilung der Hauszinssteuermittel, besonders die kleinen Bauunternehmer müßten berücksichtigt werden. Die rheinisch-westfälische Industrie habe 36 Millionen für Wohnungsbauausgaben aufgewendet, ohne einen Pfennig aus der Hauszinssteuer erhalten zu haben.

Abg. Lude (Wirt. Ver.) erklärt, mit öffentlichen Mitteln werde sehr teuer und sehr schlecht gebaut. Das Volk verlange, daß die Hauszinssteuer voll zum Wohnungsbau verwendet werde. Es sei eine Schmach, wie den Hausbesitzern ihr Eigentum entzogen werde.

Abg. Frau Lübers (Dem.) befürchtet, daß Deutschland den Namen eines Kulturvolkes verliere, wenn weiterhin die Tatsache bestehen bleibe, daß 1 300 000 Familien ohne eigene Wohnung sind. Bei diesem Wohnungsseind sei die notwendige Folge die Kinderlosigkeit.

Abg. Büll (Dem.) betont, daß das Reichsarbeitsministerium im Einverständnis mit den großen politischen Parteien in den letzten Jahren viel mehr für den Wohnungsbau getan habe, als die Wirtschaftspartei überhaupt nur in Aussicht gestellt habe. Darauf werden die Beratungen abgebrochen und auf Donnerstag 4 Uhr vertagt. Schluß 19.15 Uhr.

Der deutsche Botschafter in Buenos Aires. Das Agreement der argentinischen Regierung für den zum Botschafter in Buenos Aires ernannten bisherigen deutschen Gesandten in Brüssel, Herrn von Keller, ist laut „Berl. Z.“ im Auswärtigen Amt eingetroffen. Die offizielle Bekanntgabe der Ernennung von Keller zum Botschafter in Buenos Aires dürfte unmittelbar bevorstehen.

Badischer Landtag

Die badische Besoldungsordnung

Der Haushaltsausschuss des badischen Landtags wird in dieser Woche noch mit der Beratung der Besoldungsordnung, die bekanntlich vertraulich erfolgt, zu Ende kommen. Ob in der darauffolgenden Woche das Plenum zusammentreten wird, ist noch unbestimmt.

Tagung des Südwestdeutschen Kanalvereins

Im großen Sitzungssaal des Stuttgarter Rathauses fand Mittwoch nachmittags 3 Uhr eine Sitzung des Vorstandes und großen Ausschusses des Südwestdeutschen Kanalvereins für Rhein-Donau-Redar e. V. unter dem Vorsitz des Geheimrates Dr. Brudmann, Heilbronn, statt. Dr. Brudmann eröffnete die Versammlung und begrüßte einleitend insbesondere den Vertreter des württembergischen Innenministeriums, Minister Holz, sowie den Vertreter der badischen Regierung, Oberregierungsrat Altmayer, Karlsruhe. Er gedachte in einem Nachruf der verstorbenen Mitglieder des Vorstandes: Baurat Bilsinger, Mannheim, Kommerzienrat Ott, Ulm, und Schmitz, Vorsitzender des Redarvereins, deren Andenken die Anwesenden durch Erheben von den Sigen ehrten.

Sodann erbatte Geschäftsführer Stosch einen Bericht über den Stand der Vorarbeiten für die Tagung in Friedrichshafen und teilte mit, daß im Frühommer dieses Jahres diese Tagung abgehalten wird. Es werden daran teilnehmen: der Südwestdeutsche Kanalverein Stuttgart, der Verband Obere Donau (Günzburg), der Rheinschiffahrtsverband Konstanz, der Nordostschweizerische Verband für die Schifffahrt Rhein-Bodensee (Sitz St. Gallen), und Vertreter des Verbandes für die Schifffahrt auf dem Oberrhein (Sitz Basel), sowie des Verbandes Schweiz-Rhein-Rhône-Schiffahrt.

Hierauf nahm Geheimrat Dr. Brudmann das Wort zu längeren Ausführungen über die neue Denkschrift des Reichsbetriebsministers betreffend den weiteren Ausbau der Reichswasserstraßen. Er führte dabei u. a. aus, daß es besonders in Südwestdeutschland peinliches Aufsehen erregt habe, daß der vertraglich festgesetzte Termin für den Ausbau des Redarkanals bis Heilbronn nunmehr bis zum Jahre 1937 verlängert worden ist. Mit besonderer Schärfe stellte er für den Südwestdeutschen Kanalverein fest, daß dieser wohl die Finanzlage des Reiches verstehe, aber andererseits nicht verstehen könne, daß bei einem solchen Wert eine derartige Verzögerung eintreten kann. Der Redner stellte sich auf den Standpunkt, daß der Verein ein Recht darauf habe, die Beendigung der ersten Etappe bis Heilbronn im Jahre 1935 zu verlangen.

In der sich anschließenden allgemeinen Aussprache wiesen alle Redner die Zumutung einer Streckung der Bauzeit mit Entrüstung zurück und traten namentlich für die Fortsetzung der Strecke Mannheim-Heidelberg-Bloddingen ein.

Sodann wurde einstimmig eine Entschärfung angenommen, worin an die Länderregierungen von Württemberg, Baden und Hessen herangezogen wird mit der Aufforderung, möglichst energisch und rasch bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß die bisher zugespaltene Bauzeit für den Ausbau des Redarkanals bis Heilbronn bis 1935 unter allen Umständen eingehalten wird.

Anschließend hielt Direktor Dr. Mülling, Stuttgart, einen Vortrag über Gasfernverföhrung, der durch Lichtbilder reich illustriert wurde.

Sonderausschüsse des Rheinschiffahrtsverbandes

Wie schon kurz mitgeteilt worden ist, hat der Rheinschiffahrtsverband Konstanz Sonderausschüsse ins Leben gerufen. Diese Maßnahme erwies sich als notwendig, nachdem der Arbeitsausschuss infolge des großen Umfangs, den er im Laufe der Jahre angenommen hat, seine Arbeiten nicht immer mit der wünschenswerten Schnelligkeit und Gründlichkeit erledigen konnte. Infolge der großen Zahl der über Baden, Bayern, Württemberg, Österreich und Voralberg zerstreuten Mitglieder (über 100) konnten nur wenige Sitzungen im Jahr abgehalten werden, was sich als unzureichend erwies hat. Nachdem nunmehr die von den Regierungen der vier Staaten vorgenommenen Entwürfsarbeiten ihren Abschluß gefunden haben und die Verhandlungen wegen Ausführung der Wasserstraße Straßburg-Bodensee einschließlich Bodenseeregulierung eingeleitet sind, hielt der Vorstand die Zeit für gekommen, durch eine Reorganisation des Arbeitsausschusses den gerade in der nächsten Zeit dem Verband bevorstehenden wichtigen Aufgaben gerecht zu werden. Es sind daher aus der Mitte des Arbeitsausschusses vier Sonderausschüsse gebildet worden, welche aus wenigen Mitgliedern bestehen und die ihnen zufallenden Sonderfragen möglichst rasch und gründlich abklären und dem Arbeitsausschuss vorlegen sollen.

Zunächst ist vorgesehen, daß die Sonderausschüsse folgende Gebiete bearbeiten:

1. Der Industrieausschuss: Erhaltung und Weiterentwicklung der bestehenden, An siedlung neuer Industrie am Oberrhein und Bodensee auf Grundlage der Wasserkraft und verbilligter Frachten. Verwertung der Wasserkraft, insbesondere der unständigen Kräfte. Verbindung mit der Landwirtschaft zwecks Intensivierung der Betriebe; Prüfung neuer Produktionsmöglichkeiten.

2. Der Verkehrs-ausschuss: Verkehrsbeziehungen zwischen Oberrhein und Niederrhein. Tariffragen. Verhältnis der Wasserstraße zur Eisenbahn. Umschlageneinrichtungen usw.

3. Der parlamentarische Ausschuss: Vertretung der Bestrebungen des Verbandes in den Volksvertretungen des Reiches und der Länder durch die dem Verband angehörig und daher orts- und sachkundigen Abgeordneten.

4. Der internationale Ausschuss: Vertretung der Einzelinteressen der beteiligten Länder beim Verband und der gemeinsamen Interessen in den einzelnen Ländern.

Da die Angelegenheiten, die mit der hiesigen Vorbereitung der Wasserstraße zusammenhängen, durch die Regierungen der vier Staaten erledigt werden, ist die Bildung eines Bauausschusses vorerst entbehrlich; ebenso diejenigen eines kommunalen Ausschusses, da die hier in Frage kommenden Aufgaben durch den Gemeindeverband Oberrhein e. V. schon teilweise erledigt werden.

Lohnbewegungen in Baden

Neue Lohnkämpfe in der Uhrenindustrie? Von der großen Metallarbeiterauspeerrung werden die Wiltinger Uhren- und sonstigen Fabriken noch nicht betroffen, da sie zu den verwandten Werken zählen. Doch stehen auch hier Lohnkämpfe in Aussicht, weil Ende März die Tarife ablaufen.

Nr. 9 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Bekanntmachung des Ministers des Innern: Verpflegungssätze für Kranke im Landesbad in Baden-Baden und im Landesbad in Dürheim. Verordnung des Ministers des Kultus und Unterrichts: Die Verpflegungssätze in den psychiatrischen Kliniken in Heidelberg und Freiburg.

Schwierigkeiten bei der Rheinischen Handelsbank in Mannheim

Die Rheinische Handelsbank in Mannheim ist in Schwierigkeiten geraten und hat das Vergleichsverfahren bei Gericht beantragt. Wie die „Neue Mannheimer Zeitung“ erfährt, liegt die Ursache der schwierigeren Kreditgewährung der früheren Vorstandsmitglieder, des inzwischen aus dem Dienst der Gesellschaft entlassenen Direktors Feibel und des verstorbenen Fleischereibesetzers Meißner in Heidelberg. Feibel hat von der Gesellschaft zum Bau einer Villa einen Kredit von 45 000 M eingekauft erhalten, diesen aber mehr als um das Doppelte überzogen; ferner sind an die „Bidea-Kartei“ G. m. b. H., in Mannheim, in deren Vorstand der Sohn des verstorbenen Direktors Koch ist, große ungedeckte Kredite gegeben worden und endlich hat die Gesellschaft Verluste aus einer Kreditgewährung an ein Textilunternehmen gehabt. Die Regierungen Mannheim hat in einer Versammlung zwei Vertrauensleute gewählt, um die Geschäftsführung der Gesellschaft und die Tätigkeit des Aufsichtsrates nachprüfen zu lassen.

In einer Dienstagabend abgehaltenen Versammlung der Regierungen Mannheim wurde mitgeteilt, daß sich nach neuer Schätzung die Summe der gefährdeten Kredite auf mehr als 600 000 M beläuft. Das 500 000 M betragende Aktienkapital muß restlos als verloren angesehen werden. Die Versammlung, die zugleich die Aktienmajorität besitzt, beschloß die Liquidation der Bank und die Neugründung einer G. m. b. H. zur Fortführung der bisher von der Bank getätigten Geschäfte mit den Viehhändlern und Metzgermeistern.

Beseitigung der Hochwassergefahr

bid. Werra, 16. Febr. Die Hochwassergefahr scheint nunmehr glücklicherweise behoben zu sein. Das Sinken der Temperaturen hat auch ein Sinken des Wasserpiegels des Rheins herbeigeführt. Ein weiterer glücklicher Umstand ist, daß auch die Regenfälle aufgehört haben. Der Pegelstand des Rheins bei Waldbühn war heute früh 4,48 Meter gegenüber 4,70 Meter heute nacht und 4,38 Meter am Mittwoch nachmittag. Das Wasser ist weiter im Fallen begriffen, so daß auch die ausgetretenen kleineren Überschwemmungen zurückzuführen sind. Der Bodensee ist noch infolge der Schneeschmelze in den Alpen im Steigen begriffen, doch ist die Zunahme des Wasserstandes bei den sinkenden Temperaturen nur ein geringer. In Konstanz war der Pegelstand heute früh 3,22 Meter gegenüber 2,95 Meter am Mittwoch.

bid. Freiburg i. Br., 16. Febr. Aus dem Hochschwarzwald wird ebenfalls ein Aufhören der Regenfälle und kältere Witterung gemeldet. Der Wasserstand der Dreisam, die gestern um über einen Meter gestiegen ist, ist zurückgegangen. Auch aus der Schweiz, im Oberrheingebiet und in Loggenburg, wo eine neue Hochwassergefahr in unmittelbarer Nähe gerückt war, wird ein Sinken des Wasserstandes gemeldet. Der Regen hat auch hier aufgehört, die Temperaturen sind gesunken. In den höheren Lagen der Schweiz hat sich das Wetter bereits aufgeklärt. Der Sants meldet schon 5 Grad Kälte, vom Jungfrau-Joch werden 10 Grad Kälte gemeldet. In St. Moritz können nunmehr die Olympiapiele zu Ende geführt werden.

D. R. 16. Febr. Das gestern angekündigte weitere Steigen des Rheins und der Kinzig ist im Laufe des Spätabends und während der Nacht eingetreten. Die Kinzig, die gestern nachmittag 4 Uhr einen Wasserstand von 2,80 Meter aufwies, zeigt heute vormittag 9 Uhr 3,45 Meter. Sie ist über die Ufer getreten und überflutet das Vorland und die angrenzenden Acker- und Wiesengelände. Ihr Höchststand scheint heute Nacht 3,50 Meter gewesen zu sein. Der Rhein ist von gestern abend ab stetig gestiegen und ebenfalls an verschiedenen Stellen über die Ufer getreten, wo er das Vorland überflutet. Bieleorts ist auch Druckwasser aufgetreten. Heute zeigt der Pegel 4,35 Meter. Da von gestern auf heute in Süningen ein weiteres Steigen von 10 Zentimetern eingetreten ist, ist auch hier im Laufe des Tages mit einem weiteren Steigen zu rechnen. Kinzig wie Rhein haben schmutziges Wasser und führen allerhand Dinge, wie Reisig, Holz und Kies mit sich.

Die Verwaltung amerikanischer Gemeinden

In der Hamburgischen Verwaltungs-Akademie hat der Münchener Oberbürgermeister Scharnagl kürzlich auf Grund eigener Eindrücke einen Vortrag über die Verwaltung amerikanischer Gemeinden gehalten. Nach seinen Schilderungen ist das kommunale Leben in den Vereinigten Staaten außerordentlich mannigfaltig. Es hängt vor allem von der Entwicklung der Einzelstaaten ab und trägt deshalb im Süden, den alten Pflanzkolonien, wo die Verhältnisse sich im allgemeinen ganz ähnlich denen des englischen Mutterlandes entwickelt haben, einen anderen Charakter als in den Nordstaaten.

Von besonderem Interesse für den Vergleich mit den deutschen Gemeinden ist die sehr verschiedene Behandlung der Verordnungen und Verkehrseinrichtungen. Während auf deren Kontrolle durch die Stadtverwaltungen in Amerika großer Wert gelegt wird, ist die Frage des Bestehens dieser Einrichtungen sehr verschieden geregelt. Neuerdings ist freilich auch in Amerika großes Verständnis für öffentlichen Verkehr und Betrieb derartiger gemeinnütziger Einrichtungen durch die Kommunen vorhanden. Im allgemeinen aber lehnt man drüben die öffentlichen Betriebe vor allem deswegen ab, weil man glaubt, daß sie der Korruption und dem Mißbrauch öffentlicher Ämter leicht Vorwand leisten. Die Bezahlung der Beamten ist in den Vereinigten Staaten relativ nicht sonderlich hoch, und die Wahlbeamten befinden sich in starker Abhängigkeit von den politischen Parteien.

Die laufenden Einnahmen der amerikanischen Gemeinden stammen in der Hauptsache aus Steuern, die die Stadt nach dem vom Einzelstaate festgelegten Grundbesitz erhebt. Die Veranlagung der Besitzwerte erfolgt für die Staatssteuern und für die Gemeindesteuern gleichzeitig. Das rasche Emporblühen der Städte brachte es mit sich, daß die laufenden Einnahmen aus Steuern nicht zur Deckung der notwendigen Ausgaben genügt, und daß daher eine erhebliche Schuldaufnahme der Gemeinden Platz griff. So entfielen z. B. im Jahre 1926 von der gesamten öffentlichen Verschuldung in den Vereinigten Staaten nicht weniger als 62,8 Prozent auf die Kommunal-schulden. In den letzten drei Jahren soll nach vorliegenden Berechnungen von den amerikanischen Gemeinden noch Abzug von Tilgungen und Rückzahlungen eine Gesamtschuld von jährlich einer Milliarde Dollar neu aufgenommen worden sein.

Im Grunde genommen sind natürlich die Probleme der amerikanischen Gemeindeverwaltungen ganz andere als in Deutschland. Der Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden spielt jedoch auch drüben eine nicht unwesentliche Rolle. Ebenso wie die deutschen, zeigen auch die amerikanischen Gemeinden einen starken Willen zur Selbstständigkeit ihrer örtlichen Selbstverwaltung.

Die Ausdehnung der öffentlichen Berufsberatung

Es hat der öffentlichen Berufsberatung in Deutschland nicht an Gegnern gefehlt, die sie für vollkommen überflüssig und sogar für einen Eingriff in das Elternrecht erklärt haben. Aber gerade die Eltern bedürfen mindestens im gleichen Maße wie die Schulentlassenen selbst der Beratung durch sachkundige Berufsberater. Die anfangs zu beobachtende Scheu vor einer fremden Mitberatung ist daher vollkommen überwunden worden. Das beweist am besten die überraschend große Ausdehnung, die die öffentliche Berufsberatung in überraschend kurzer Zeit im ganzen Reich erfahren hat. Die Zahl der öffentlichen Berufsberatungsstellen ist auf 567 gestiegen, und im letzten Berichtsjahr hat sie allein einen Zuwachs um 49 Stellen erfahren. Die neuen Berufsberatungsstellen sind vorzugsweise in denjenigen Ländern und Landesteilen eingerichtet worden, in denen man anfangs gegenüber der neuen Einrichtung sehr zurückhaltend gewesen ist. So sind besonders in Bayern, Württemberg, Kormern, Hessen und Hessen-Nassau im letzten Jahre eine große Anzahl öffentlicher Berufsberatungsstellen neu ins Leben gerufen worden. Die soziale und wirtschaftsfördernde Einrichtung der Berufsberatung hat sich gegenüber allen Zweifeln durchgesetzt und ist zu einem wichtigen Bestandteil unseres Wohlfahrtswesens geworden.

Noch deutlicher als in der Zunahme der Berufsberatungsstellen spiegelt sich die günstige Entwicklung der Berufsberatung in den Zahlen der Ratssuchenden wieder. Auch hier ist die anfängliche Zurückhaltung und Gegnerschaft längst überwunden. Von rund 808 000 auf rund 847 000 ist im Berichtsjahr die Zahl der bei den öffentlichen Berufsberatungsstellen Ratssuchenden gestiegen. Unter ihnen waren Eltern und Kinder, Knaben und Mädchen ziemlich gleichmäßig vertreten. Bemerkenswert ist, daß nicht weniger als 11,8 Prozent aller Besucher auf Schüler mittlerer oder höherer Lehranstalten bzw. ihre Eltern entfielen. — Wieviel immerhin auf dem Gebiete der Werbung für die Berufsberatung unter Jugendlichen und Eltern noch zu tun übrig bleibt, geht daraus hervor, daß unter 657 000 Schulentlassenen erst 241 000 durch die Berufsberatung erfährt worden sind. Das ist wenig mehr als ein Drittel aller Schulentlassenen. Wenn man auch annehmen kann, daß ein Teil der Schulentlassenen sich bereits seit langem für irgend einen bestimmten Beruf entschlossen hat, so muß es doch ein zu erstrebendes Ziel sein, daß alle Schulentlassenen ohne Ausnahme sich bei der öffentlichen Berufsberatung Auskunft und Rat holen, bevor sie sich einem Beruf widmen. Wenn im letzten Jahre, über welches Zahlen vorliegen, wenigstens 40 Prozent der schulentlassenen Knaben (aber nur 27 Prozent der schulentlassenen Mädchen) von der öffentlichen Berufsberatung erfährt worden sind, so beweist das zwar die zunehmende Ausdehnung dieser Einrichtung und das wachsende Vertrauen, das die Bevölkerung ihr entgegenbringt, aber es zeigt zugleich, wieviel noch zu leisten ist, um eine wirklich lückenlose Berufsberatung zu schaffen.

Auch auf einem anderen Gebiet war die öffentliche Berufsberatung erfolgreich, nämlich in der Beschaffung von Lehr- und Anlernstellen für die Schulentlassenen. Die Arbeitsmarktlücke schuf hier begreiflicherweise große Schwierigkeiten. Die nächsten Jahre werden aber gerade auf diesem Gebiet eine wesentliche Besserung bringen, denn die schwächere Befehung der nächsten Jahrgänge der Schulentlassenen infolge der niedrigen Geburtenziffern der Kriegsjahre läßt erwarten, daß die Nachfrage nach jugendlichen Lehrkräften bei den Berufsberatungsstellen wesentlich lebhafter werden wird als sie bisher leider war. Dann werden diese auch noch bessere praktische Erfolge aufzuweisen haben. Im letzten Jahre konnte von je 100 männlichen Besuchern nur 42,8, von je 100 weiblichen nur 31,8 zu einem geeigneten Beruf verholfen werden. Hier ist also noch wichtige Arbeit zu leisten, und es wird vor allem an alle Lehrherren die Mahnung gerichtet werden müssen, sich bei der Einstellung von Lehrlingen aller Art noch mehr als bisher der öffentlichen Berufsberatungsstellen zu bedienen, wo sie zweifellos ein besser geschichtetes Bewerbermaterial als am allgemeinen Arbeitsmarkt finden.

Das erstarkende Handwerk

Noch immer hört man hier und da die grundverlehrte Behauptung, daß das Handwerk zurückgehe. Jedesmal, wenn man versucht hat, diese Behauptung an Hand von Tatsachen und Zahlen nachzuprüfen, hat sich das Gegenteil erwiesen, nämlich eine zunehmende Erstarkung des deutschen Handwerks. Allerdings sind die Grenzen zwischen Handwerks- und Fabrikbetrieb heute noch immer nicht klar und scharf gezogen. In dem Maße, wie auch das Handwerk seine Betriebe in technischer und kaufmännischer Hinsicht vervollkommenet, wird die Abgrenzung zudem immer schwieriger. Der große vom Reich eingeleitete Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, der sogenannte Enqueteausschuß, hat deshalb mit Recht neue und zuverlässige zahlenmäßige Aufschlüsse über das deutsche Handwerk und seine Ausdehnung gefordert. Eine derartige Forderung erwies sich schon deshalb als notwendig, weil man für die Veranlagung zu den Handwerkskammerbeiträgen zuverlässige Unterlagen braucht.

Im ersten Halbjahre 1927 ist nun in Berlin durch die Handwerkskammer eine solche Forderung aller vorhandenen Handwerksbetriebe vorgenommen worden. Das Material ist von der Berliner Handwerkskammer dem statistischen Amt zur Auswertung und Veröffentlichung übergeben worden, und dieses hat die Ergebnisse der Erhebung soeben in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Berliner Wirtschaftsberichte“ bekanntgegeben. Es bestanden hiernach in der Reichshauptstadt insgesamt 67 854 Handwerksbetriebe mit insgesamt 228 641 beschäftigten Personen. In dieser letzten Zahl sind jedoch die Betriebsinhaber selbst, also die Handwerksmeister, nicht einbezogen, so daß also, alles in allem, im Berliner Handwerk annähernd 300 000 Menschen erwerbstätig sind. Das ist etwa ein Drittel aller nach der letzten Betriebszählung in Berlin vorhandenen Beschäftigten der Gruppe Industrie und Handwerk. Von allen in dieser Gruppe gezählten Betrieben entfällt sogar die Hälfte auf das Handwerk, und von allen in Berlin hauptberuflich Erwerbstätigen ist rund ein Siebentel im Handwerk beschäftigt. Es ergibt sich daraus die zwingende Schlußfolgerung, daß im Wirtschaftsleben der Reichshauptstadt das Handwerk auch gegenwärtig eine überaus wichtige Rolle spielt. Im übrigen Reich wird es sicherlich nicht anders sein, und es wäre zu wünschen, daß auch hierüber recht bald zahlenmäßige Feststellungen getroffen werden.

Das aus rund 300 000 Köpfen bestehende Berliner Handwerk setzt sich aus annähernd 68 000 Meistern, 170 000 Gesellen und Arbeitern, 39 000 Lehrlingen sowie 15 000 Angehörigen und sonstigen Hilfskräften zusammen. Auf einen Betriebsinhaber entfallen also beinahe drei Arbeitnehmer. Die Zahl der Lehrlinge ist etwas mehr als halb so groß wie die der Handwerksbetriebe. In sozialer Hinsicht erscheint diese Zusammensetzung des Handwerks recht gesund. Die Zahl der selbständigen Erwerbstätigen ist im Handwerk überraschend groß, so daß also, im ganzen genommen, das Handwerk noch immer gute Aussichten auf Fortkommen und Aufstieg zur Selbstständigkeit bietet.

Gemeinde-Rundschau

Allemanische Woche in Freiburg i. Br. In größerem Ausmaß als im Jahre 1927 wird die diesjährige „Allemanische Woche“ stattfinden und zwar in der Woche vom 5. bis 13. Mai. Die Vorbereitungen dafür sind bereits im Gange.

Baden-Baden 1927. Die Kurdirektion Baden-Baden gibt den Jahresbericht für 1927 heraus. Erfreut wird festgestellt, daß Baden-Baden in jeder Hinsicht ein gutes Jahr hatte. Der Gesamtbesuch an Fremden erreichte die statistische Rekordziffer von 90 231, eine Zahl, die noch in keinem vorhergehenden Jahre erreicht wurde. Die höchste Zahl der Vorkriegszeit hatte das Jahr 1911 mit 79 023 Besuchern aufzuweisen, während in der Nachkriegszeit 1921 die Ziffer von 85 531 Ankünften erreicht wurde. Besonders bemerkenswert an der diesmaligen Frequenzziffer ist der stark gestiegene Anteil ausländischer Besucher. Die Zahl der Nordamerikaner stieg von 4117 auf 6285, die der Engländer von 1083 auf 1556, die der Holländer von 1858 auf 3775, der Schweizer von 1168 auf 1709. Insgesamt stieg die Zahl der Ausländer von 11 656 im Jahre 1926 auf 17 782 im vergangenen Jahre. Der Besuch aus dem Auslande erreichte damit fast den Durchschnitt der letzten zehn Friedensjahre, so daß man von der Wiederherstellung normaler Verhältnisse sprechen kann. Der vermehrte Besuch brachte auch eine beträchtliche Erhöhung der für den ganzen Kurbetrieb wichtigen Zahl der Übernachtungen von 581 344 auf 661 923. Davon entfielen auf die deutschen Besucher 82,8 Proz. Der Durchschnittsaufenthalt beträgt pro Gast 7,3 Nächte, hat sich gegen das Vorjahr mit 7,83 Nächten also etwas verschlechtert. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Baden-Badens besondere Anziehungskraft und Beliebtheit einen schönen Erfolg sicherstellte. Die fremdengewerblichen Betriebe konnten durchweg eine bessere Ausnutzung der Unternehmungsmöglichkeiten registrieren.

Eine Erzberger- und Rathenauftrahe in Ludwigshafen. Die Poststraße und Bon-Drain-Straße wurden umbenannt in Rathenauftrahe und Erzbergerstraße.

Aus der Landeshauptstadt

Vor dem Karlsruher Schwurgericht hatte sich am Mittwoch der 33 Jahre alte ledige und bisher unbefragte Kaufmann Fridolin Daur aus Schwabsberg (O. U. Rungen) wegen Meineids in einem Unterhaltungsprozeß zu verantworten, den er am 23. April vorigen Jahres vor dem Pforzheimer Amtsgericht geleistet haben sollte. Das Gericht kam nach längerer Verhandlung, die hinter geschlossenen Türen geführt wurde, zu einer Verurteilung wegen fahrlässigen Falschgebens und erkannte auf acht Monate Gefängnis, abzüglich vier Monate Untersuchungshaft. Die Mitangeklagte 30 Jahre alte Ehefrau Gertrud Igner geb. Jagobky aus Oelsnitz wurde von der Anklage der Begünstigung zum Meineid freigesprochen.

Allemanen-Strandfest 1928 — Große Stunden am Neckar haben in diesem Jahre die Ruder-Allemanen ihr nunmehr schon traditionell gewordenen Strandfest benannt. Karlsruher Künstler und die Allemanen bemühen sich eifrig, dem Strandfest wirklich die Note „Große Stunden am Neckar“ zu erteilen. Man findet eine Redakterrasse, einen Schloßkeller, und um auch mit den Modernen zu gehen, eine Redarbielle, 4 Kapellen spielen vom Tanz auf. Große Stunden am Neckar bringen ein wenig Romantik in das hastige Alltagsstreben; Alt-Heidelberg's Bild wird aufliegen, damit romantischer Zauber dem Strandfest die Weihe gibt. Die Ruder-Allemanen hoffen, daß ihre Karlsruher Mitbürger das Strandfest mit dieser ganz eigenartigen Note recht zahlreich besuchen, gilt es doch den Grundhof für Bootsreinerungen des so gesunden und schönen Ruderportes wesentlich zu stärken.

Die Sarrafani-Schau wird demnächst eine Gastspielfahrt durch Baden beginnen. Vierzehn Jahre sind verfloßen, seit der sächsische Zirkusdirektor Hans Stosch-Sarrafani mit seinem Unternehmen Baden bereist hat; diesmal kommt er mit einem Unternehmen ganz neuer Art. Sarrafani, Deutschlands populärster Zirkusmann, hat 1923 mit seinem ganzen gewaltigen Troß den Atlantischen Ozean überquert und als erster deutscher Unternehmer nach dem Kriege in Südamerika deutsche Arbeit und deutsche Leistungen gezeigt. Von 1923 bis 1925 bereiste das Unternehmen, das bis in die kleinsten Einzelheiten hinein deutsch ist, Uruguay, Argentinien und Brasilien. Schon in Südamerika wurde Sarrafanis Schau die „Schönste Schau zweier Welten“ genannt. Seitdem hat Direktor Stosch-Sarrafani sein Unternehmen wiederum ganz bedeutend erweitert. Hohe Regierungskstellen und die Behörden zahlreicher Städte haben anerkannt, daß Sarrafanis Darbietungen von hohem künstlerischen und volksbildenden Werte sind; viele ehrenvolle Einladungen zu Gastspielen sind an ihn ergangen. U. a. wird Direktor Sarrafani mit 22 indischen Elefanten, 14 bengalischen Königstigern, 42 afrikanischen Löwen, mit Scharen von Kamelen, Zebras, Eisbären, Kipferden und mit Hunderten von Chinesen, Japanern, Indern, Fischerfellen, Kalmlüden, Mulattinnen, Negern, Siouxindianern Baden durchziehen. Ein gewaltiges Spielzelt, das größte Biermahlzelt, das je in Europa konstruiert wurde, faßt 10 000 Zuschauer. Sarrafani macht das amerikanische Dreimanegenstehen nicht mit, er zeigt seine Scharen exotischer Menschen und Tiere in einem einzigen Ring, der 17 Meter Durchmesser hat und damit die größte aller Manege ist.

Badisches Landestheater Karlsruhe. In dem Fastnachts-Kabarett, das von Samstag, den 18. d. M. ab, an 4 Abenden im Landestheater stattfindet, wird unter der Pflege des Humors in jeder Form — von der feinen Komik bis zur Groteske — eine bunte Bühne bestimmt in allen Kreisen der Theaterbesucher Anklang finden. Viel Mühe und Sorgfalt ist auf Auswahl und Einstudierung der Darbietungen verwandt worden und das gesamte Personal des Landestheaters stellt sein ganzes Können in den Dienst der nie leicht zu bewältigenden Kleintunföhne. Auf allen Gebieten werden willkommene Überraschungen gezeigt werden. Der Schluß wird in einer auf Karlsruhe eigens verfaßten Revue alle Künstler vereinigen. Die künstlerische Leitung hat Intendant Dr. Waag, der sich auch wieder als Conferencier zur Verfügung gestellt hat. In die musikalische Leitung werden sich Generalmusikdirektor Krips und Kapellmeister Schwarz teilen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht nur erlaubt ist, sondern auch erwünscht, daß das Publikum zu den Kabarettabenden im Kostüm erscheint.

Wetternachrichten der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Höchsttemperaturen erreichten gestern in der Ebene 13 Grad, auf dem Feldberg 4 Grad Wärme. Infolge der fortgesetzt abnorm milden Witterung dauert die Schneeschmelze im Gebirge an und hat, unterstützt durch die erheblichen Regenfälle der letzten Tage, bereits zu starkem Anstieg der Flüsse geführt. Die Boderseite eines neuen am Kanalübergang folgenden Fallwirbels wird uns nur vorübergehend Besserung bringen. Wetterausichten für Freitag: Anhaltend mild, wechsellnd wolfig, vorübergehend trocken, im Gebirge leichter Temperaturrückgang.

Anzureichende Siedlungserfolge

Die Siedlung ist bekanntlich Sache der Länder. Das Reich stellt für Siedlungszwecke jährlich 50 Millionen Reichsmark zur Verfügung, die von den Ländern um weitere Beträge zur Durchführung einer möglichst umfangreichen Siedlungstätigkeit vermehrt werden sollen. Bisher hat das Reich diese 50 Millionen zweimal zu zahlen gehabt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die zweiten 50 Millionen erst am 1. April dieses Jahres fällig werden. Bezahlt hat das Reich bisher rund 77 Millionen Reichsmark, davon 68 Millionen Reichsmark an Preußen und 9 Millionen Reichsmark an außerpreussische Länder. Preußen hat seinerseits aus eigenen Mitteln 70 Millionen Reichsmark für Zwischenkredite an die Siedler zur Verfügung gestellt, außerdem noch 36 Millionen Reichsmark an dem Hauszinssteuerertrag und etwa 14 Millionen Reichsmark an besonderen Wirtschaftshilfen. Die Erfolge, die mit diesem Gelde erzielt worden sind, müssen freilich in quantitativer Hinsicht als recht unbefriedigend angesehen werden. Die Ergebnisse der Reichsiedlungsstatistik bis Ende 1925 sind seit längerer Zeit bekannt. Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger hat kürzlich den Vertretern der Presse Mitteilungen über das vorläufige Ergebnis der im Jahre 1926 vorgenommenen Siedlungen gemacht, soweit dabei Preußen in Frage kommt. Darnach sind in diesem Jahre in ganz Preußen 15 000 neue Siedlerstellen mit einer unbesiedelten Fläche von 17 736 Hektar aufgelegt worden. Für 1927 liegen überhaupt noch keine Zahlen vor, ebenso wenig für die nichtpreussischen Länder.

Die Siedlung ist bisher in vielen Fällen kaum gefördert, daß von den Siedlern ein eigenes Vermögen von 8 bis 10 000 Reichsmark verlangt werden mußte. Dadurch ist z. B. die Ansiedlung von landwirtschaftlichen Arbeitern praktisch überhaupt so gut wie unmöglich geworden. Preußen will nun im nächsten Jahre daran gehen, den landwirtschaftlichen Arbeitern bei der Ansiedlung zinslose Einrichtungskredite zu gewähren. Zu diesem Zwecke wird am 1. April die Landesrentenbank in Funktion treten. Sie soll außerdem die Aufgabe haben, die bisherigen Siedlungszwischenkredite auf der Basis von achtprozentigen Rentenbriefen in Dauerkredite umzuwandeln, wobei der Staat einen Teil der Zinslast für die Zwischenkredite übernehmen will. Das Reich und die nichtpreussischen Länder können sich auf Grund von Verträgen diesem Verfahren zur Beschaffung billiger Siedlungskredite anschließen, wenn sie für ihre Siedler die gleichen Lasten übernehmen. Es besteht dann Aussicht, die Landesrentenbank zu einer Reichsrentenbank auszubauen.

Im kommenden Frühjahr glaubt man, die Ankäufe von Land infolge der günstigen Marktlage besonders stark vermehren zu können. Angesiedelt werden nur erfahrene Landwirte und Landarbeiter mit tüchtigen, in ländlichen Arbeiten erfahrenen Frauen. Eine besondere Aufgabe stellt die Flüchtlingsiedlung dar. Vom Reich sind bisher 4000 Flüchtlingshändler wieder angesiedelt worden. 2000 neue Stellen sollen jährlich aus Reichsmitteln und weitere 2000 aus preussischen Mitteln beschaffen werden. Vergleicht man alle diese Angaben mit den vorher entworfenen Projekten, so erkennt man, daß im Siedlungswesen im allgemeinen nur sehr langsame Fortschritte gemacht worden sind. Die Schwierigkeiten haben sich vielfach in der Praxis als überraschend groß erwiesen.

Kurze Nachrichten aus Baden

H. Heidelberg, 15. Febr. Gärtnereibesitzer Konrad Scherff, eine um den Deutschen Gartenbau hochverdiente Persönlichkeit, ist, 67 Jahre alt, nach längerer Krankheit gestorben. Er wirkte seit vielen Jahren als Obmann der Bezirksgruppe Heidelberg-Gerbach-Mosbach sowie als Vorsitzender des Landesverbandes der badischen Gärtnereibetriebe.

H. Bruchsal, 16. Febr. Der 67jährige Lehrer Karl Reuter in Delbrunn fuhr am Montag nach Bruchsal, um ein Motorrad zu kaufen. Er war im Besitz von 700 RM Bargeld. Reuter wird seitdem vermißt. Es wird angenommen, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist.

H. Ettlingen, 16. Febr. Heute vormittag 10 Uhr ereignete sich beim Bahnübergang der Albtalbahn in der Schöllbronner Straße ein schweres Autounfall. Der Personenwagen des Straußwirts Dohs von Speisart, der von diesem selbst geleitet wurde und als Insassen eine Frau und den Fahrer von Schöllbrunn mit sich führte, überfuhr in demselben Augenblick das Bahngleis, als gerade ein Zug von Herrenalb heranbrauste. Das Auto wurde vollständig demoliert, der Fahrer schwer verletzt, während die übrigen Insassen weniger schwere Verletzungen davontrugen.

H. Ruppelheim (Rastatt), 16. Febr. In der vergangenen Nacht gegen 11 Uhr brach in der großen Getreidemühle der Firma Schauble (Pächter Binder) Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit verbreitete und das ganze Anwesen — Wohnhaus, Mühle und Wirtschaftsgebäude — vollständig in Asche legte. Der Schaden ist bedeutend. Auch sind Mehlvorräte, Früchte und andere Vorräte verbrannt oder verdorben. Menschen und Tiere sind nicht zu Schaden gekommen. Man vermutet Brandstiftung.

H. Billingen, 16. Febr. Die Karrostaß Billingen im Schwarzwald, Kreishauptstadt an der Schwarzwaldbahn und weit und breit bekannt durch den mächtigen 4000 Hektar großen Waldbesitz, rüstet sich zu den höchsten Vollerntestagen. Am Faschnachtsmontag und -dienstag ruht die Arbeit, und die Karrenfreiheit hat das Wort. In althergebrachter Weise veranstaltet die im Jahre 1684 gegründete Karrozunft wieder den immer interessant bleibenden „Karrozunftzug“ sowie am Faschnachts-Dienstag den großen historischen Festzug „Das Junfweien Billingens im Mittelalter“.

H. D. Bruch, 16. Febr. Im Badischen Bahnhof zu Basel passieren täglich zirka 200 Eisenbahnwagen mit Schweinen, die größtenteils aus Dänemark kommen und nach Italien gehen. Bei dem letzten Transport wurde in zehn Wagen die Maul- und Klauenseuche festgestellt, so daß sämtliche Tiere im Schlachthaus Basel notgeschlachtet werden mußten.

H. Gernersheim, 15. Febr. Wegen Vornahme von Rheinregulierungsarbeiten ist der Fährbetrieb auf acht Tage eingestellt worden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	16. Febr.		15. Febr.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	163.53	168.87	168.62	168.96
Kopenhagen 100 Kr.	112.13	112.35	112.17	112.39
Italien . . . 100 L.	22.175	22.215	22.19	22.23
London . . . 1 Pf.	20.409	20.449	20.419	20.459
New York . . . 1 D.	4.1875	4.1875	4.1890	4.1970
Paris . . . 100 Fr.	16.4	16.49	16.46	16.50
Schwiz . . . 100 Fr.	80.54	80.70	80.56	80.70
Wien 100 Schilling	53.985	59.085	58.97	59.09
Prag . . . 100 Kr.	12.41	12.43	12.414	12.434

Bücheranzeige

Die soziologische Methode. Die Sozialwissenschaft der Gegenwart hat nicht die methodische Sicherheit, über die die Naturwissenschaft bereits verfügt. Die Verknüpfung auf die Voraussetzungen der wissenschaftlichen Bearbeitung des sozialen Erfindungsstoffes ist aber Vorbedingung für die Geltung aller Theorien, von denen aus der Sozialpolitiker selbst handelnd in das soziale Geschehen eingreift. In seinem sechsten im Verlag G. Braun, Karlsruhe, erschienenen Buch (brosch. 2,70 RM), setzt sich Dr. Leiwig zunächst mit der Geschichtsphilosophie Nietzsches auseinander, deren wunde Stelle er in ihrer Tatfaktorenfreiheit findet. In kritischer Analyse entwickelt er sodann die Voraussetzungen einer sozialwissenschaftlichen Methodenlehre, die als allgemeine Soziologie im engeren Anschluß an die Ge-

gebenheiten der sozialwissenschaftlichen Forschung, das Aufgabengebiet der sozialwissenschaftlichen Einzeldisziplinen, nämlich der Historik und der speziellen Soziologien (unter ihnen Sozialökonomik), bestimmt. Die Möglichkeit dynamischer Geselligkeit im Wirtschaftsleben wird durch die Wirtschaftssoziologie, von der die moderne, auf den Kapitalismus zugeschnittene Sozialökonomik nur einen besonderen Teil bildet, aufgewiesen.

Verschiedenes

Im Krankprozeß

Legte der Verteidiger des Krank sein Mandat nieder, da es zwischen ihm und dem Vorsitzenden wiederholt zu scharfen Meinungsverschiedenheiten gekommen war. Als Offizialverteidiger wurde Arthur Schulz bestimmt. Der Prozeß mußte gestern wegen des schlechten Gesundheitszustandes des Angeklagten Krank vertagt werden. Bei Krank haben sich schwere körperliche und seelische Störungen herausgestellt. Die Ärzte kamen zu der Ansicht, daß Krank, der über sieben Monate in Untersuchungshaft war, die schwere Verhandlung überhaupt nicht hätte zugemutet werden dürfen. Krank wurde auf ärztliche Anordnung in ein Krankenhaus übergeführt. Ob unter diesen Umständen der Prozeß am Samstag weitergeführt werden kann, erscheint fraglich.

Die Hochwassergefahr an der Weichsel

W.D. Warschau, 16. Febr. (Tel.) Der Versuch, die beiden Eisbänke, die sich an der Weichsel flussaufwärts von Warschau gebildet haben, zu brechen, ist mißlungen. Oberhalb der Eisbänke sind einige Dörfer überschwemmt worden. In Warschau selbst ist das Wasser gegenwärtig im Fallen begriffen, doch fürchtet man nach dem Bruch der Eisbänke eine Überschwemmung. Am Schuttdamm längs der Weichsel werden Verstärkungsarbeiten vorgenommen, damit er dem erwarteten Eisstoß standhält.

30 Jahre Zuchthaus und 15 Millionen Reichsmark Geldstrafe

Im großen Hamburger Zuchtschießungsprozeß fällt die Berufungsinstanz Mittwoch mittag das Urteil. Die in der ersten Instanz für die drei Hauptangeklagten ausgesprochenen Freiheitsstrafen wurden erhöht. So wurde der Hauptangeklagte Deuser statt wie bisher zu fünf zu sieben Jahren Zuchthaus, der Angeklagte Seyhom zu drei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus, der Angeklagte Gärder gleichfalls zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Die in der ersten Instanz bereits ausgesprochenen hohen Geldstrafen, die für jeden der drei genannten Angeklagten rund 4,5 Millionen Reichsmark betragen, wurden gleichfalls erhöht. Im ganzen wurden rund 30 Jahre Zuchthaus und 15 Millionen Reichsmark Geldstrafe verhängt. Die Schieber hatten 43 000 Sachzeder verschoben und das Reich um 900 000 RM Steuern gekostet.

Hochwassergefahr in Frankreich

W.D. Paris, 16. Febr. (Tel.) Die seit mehreren Tagen anhaltenden ziemlich starken Regengüsse haben zu einem Anschwellen der meisten Flüsse geführt. So sind die Rhône, die Saône und die Aisne bereits zum Teil über ihre Ufer getreten. Der Wasserstand der Loire ist im Steigen begriffen. Längs der Seine-Rais bei Paris werden alle Vorflutmaßnahmen getroffen, um dort lagernde Bestände vor Überschwemmung zu schützen.

Staatsanzeiger

Maul- und Klauenseuche

Nach Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 15. Februar 1928 verzeichnet:
Amtsbezirke: Pforzheim. **Gemeinden:** Königsbach.
Waldshut: Grieschen.
Weinheim: Heddesheim.
Badisches Statistisches Landesamt.

COLOSSEUM

Waldstraße 16 Telephon 5599

Nur vom 16. bis mit 29. Febr. 1928
Die große

Ausstattungs-Revue

„Das lebende Magazin“

Zweite Auflage

Neue Bilder, u. a.:

<p><i>Alt-Wiener Groteske</i> <i>Die Bremer Stadtmusikanten</i> <i>Pas des fleurs</i> <i>„Die Puderquaste“</i> <i>„Der Gassenhauer“</i></p>	<p><i>Die Sinfonie</i> <i>Der Erlkönig</i> <i>My Sweetheart</i> <i>„Die Heuchlerbrücke“</i> <i>Gute Nacht</i></p>
---	---

Am Montag, den 20. und Faschnachtsdienstag, den 21. Februar nach der Vorstellung:

Revue-Ball

mit div. Überraschungen, Kabarett-Einlagen
Mitwirkung sämtlicher Künstler

Öffentliche Verbandsspartasse Königsbach.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	6 634,47	1. Spareinlagen	193 204,35
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Post-scheidamt	6 893,18	2. Giro- und Kontokorrent-einlagen	18 420,12
3. Wechsel	312,—	3. Rücklagen, Reservefonds	5 296,33
4. Darlehen auf Hypothek	45 050,—	4. Aufwertungsstock	16 553,27
5. Darlehen in laufender Rechnung an Private	33 863,73	5. Reingewinn v. Jahr 1926	5 020,80
6. Darlehen auf Schuldschein	132 328,40		
7. Sonstige Darlehen	7 500,—		
8. Einnahmerückstände	5 912,09		
9. Gerätschaften	1,—		
	238 494,87		238 494,87

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 211 624,47 RM Einlagen . . . 16 929,95 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 10 317,13 RM
 somit weniger . . . 6 612,82 RM

Königsbach, den 14. Februar 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: **Der Geschäftsleiter:**
 Fränkle. Schäfer.

Badisches Landestheater
 Freitag, 17. Februar 1928
 Volksbühne 6
Boris Godunow
 von Mussorgski
 Musikalische Leitung:
 Josef Krips
 In Szene gesetzt von
 Otto Krauß

M.547. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Händlers Adolf Essig in Pforzheim, Volkstr. 318, wurde nach erfolgter Befähigung des Vergleichs vom 9. Februar 1928 aufgehoben. Das gegen den Schuldner Adolf Essig bei der Eröffnung des Vergleichsverfahrens angeordnete allgemeine Veräußerungsverbot beruht für die Zukunft ohne Kraft. Karlsruhe, 13. Febr. 1928. **Geschäftsstelle**
Bad. Amtsgericht A 3.

Güterrechtsregister.
Weinheim. M.539
 Güterrechtsregister Bd. I S. 487: Stegmann, Wilhelm, Arbeiter in Weinheim, und Frieda geb. Schröder, Vertrag vom 7. Februar 1928. Gütertrennung. 9. Febr. 1928. **Amtsgericht.**

Schwehingen. M.541
 Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 482: Kaufmann, August, Kaufmann in Ofersheim, und Anna geb. Sedmeier, Vertrag vom 17. November 1927 — Gütertrennung — Schwehingen, 13. Februar 1928. **Bad. Amtsgericht I.**

Bretten. M.540
 Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 60: Schönbeck, Arthur, Schlosser in Bretten, und Frieda geb. Zeiter, Vertrag vom 4. Februar 1928. Gütertrennung. 10. Febr. 1928. **Amtsgericht.**

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben.
 So. 18. Febr.: **Kabarett** (BunteBühne). So. 19. Febr. nachmittags: **Der Vogelhändler.** Abends: **Kabarett** (BunteBühne). Im Konjert-haus: Keine Vorstellung.

Neihen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Ihren Umzug betr. Brauchen Sie Möbelwagen?

Bad. Lagerhaus Offenburg
 Besitzer: Willy Wagner
 fragen. Größt. bestemp. zuverl. Möbelspeditionen-Unternehmen.

Teppiche-Läufer ohne Anzahlung in 10 Monatsraten
 lief. Teppichhaus Agay & Glück, Frankfurt a. M. 2995
 Schreiben Sie sofort!

Bürgerl. Rechtspflege
 Streitige Gerichtsbarkeit.
 M.546. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Karl Brand und Otto Luff, Steinmetz und Kunsthandwerk in Karlsruhe, Blumenstr. 27, ist die Schlussverteilung genehmigt. Das Honorar des Konkursverwalters ist auf 500 RM festgesetzt. Termin zur Annahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke ist bestimmt auf Freitag, den 9. März 1928, vorm. 10 Uhr, hier, III. Stock, Zimmer Nr. 252.
 Karlsruhe, 9. Febr. 1928.
Bad. Amtsgericht, Geschäftsstelle.

Druck G. Braun, Karlsruhe